

Wirtschaftswachstum in Polen versus makroökonomische Stabilität in der Tschechischen Republik - 1990 bis 1996*

Piotr Pysz **

This article compares the reform policies pursued in Poland and the Czech Republic since 1990. The different results of the system transformation - 'economic growth' in the case of Poland and 'macroeconomic stability' in the case of Czechia - are explained by considering the different starting-points and country-specific context-conditions. The comparison of the Polish and the Czech transformation paths shows that the chance for a middle- and long-term economic growth combined with economic stability is better for the Czech Republic than for Poland. Poland will only be able to achieve the same result, if the political-institutional framework is improved. Yet, the actual political conditions are not favourable for this.

Der Beitrag untersucht in vergleichender Perspektive die makroökonomischen Transformationspolitiken, die seit 1990 in Polen und der Tschechischen Republik verfolgt wurden. Die unterschiedlichen Ergebnisse der Systemtransformation - 'Wachstum' im Fall von Polen und 'Stabilität' im Fall von Tschechien - werden vor allem mit den Unterschieden in der Ausgangslage und mit jeweils spezifischen Begleitbedingungen der Transformation erklärt. Der Vergleich des polnischen und tschechischen Transformationspfades ergibt für die Tschechische Republik mittel- und langfristig bessere Chancen auf eine Verbindung von hohen Wachstumsraten mit hoher makroökonomischer Stabilität als für Polen. Polen kann diese Ziele der Wirtschaftspolitik mittel- und langfristig nur dann konsequent verwirklichen, wenn es in den nächsten Jahren gelingen sollte, die ordnungspolitischen Versäumnisse abzuarbeiten. Dafür sind jedoch die gegenwärtigen politischen Voraussetzungen nicht günstig.

* Manuscript received: 21.01.97, revised: 07.03.97, accepted: 12.03.97

** Piotr Pysz, geb. 1941, Dr. rer.oec., Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho, Arbeitsschwerpunkte: Systemtransformation in Osteuropa, europäische Integration. Adresse: Südfeldstr. 4, D-32602 Vlotho

1. Einführung

Die sozialistischen Wirtschaftsordnungen im Raum zwischen Ost-Berlin und Wladywostok waren bis in die achtziger Jahre - mit wenigen Ausnahmen - sehr ähnlich. Darauf folgte in den neunziger Jahren die Vielfalt unterschiedlicher Systemtransformationen. Der Weg von der Planwirtschaft des sowjetischen Typs zur kapitalistischen Marktwirtschaft erweist sich in den postsozialistischen Volkswirtschaften als nicht nur schwierig, sondern auch als sehr unterschiedlich. In den Vordergrund rückt der Unterschied zwischen dem asiatischen und europäischen Transformationsweg. In China und Vietnam bleibt die Transformation auf den ökonomischen Bereich beschränkt. Die politische Sphäre wird durch sie nicht tangiert. In Europa verläuft dagegen die ökonomische Systemtransformation parallel mit der Demokratisierung. Das Wesen des europäischen Transformationsmodells macht also eine 'doppelte Transformation' der Wirtschaft und Politik aus.

In Europa wird zwischen Volkswirtschaften mit einer radikalen und gradualistischen Transformationsstrategie unterschieden. Zur ersten Gruppe zählen u.a. die ehemalige DDR, Polen und die Tschechische Republik. Im viel diskutierten Fall Ungarns ist dagegen eine gradualistische Transformationsstrategie festzustellen. Andere postsozialistische Volkswirtschaften tendieren eher zum ungarischen Modell als einer radikalen Transformationsstrategie. Einige davon sind v.a. durch Konzeptionslosigkeit der Transformationsstrategie (z.B. Weißrußland oder lange Zeit auch die Ukraine) zu charakterisieren. Die Vielfalt der im postsozialistischen Wirtschaftsraum anzutreffenden Transformationswege und Transformationsstrategien veranlaßt zur vergleichenden Analyse. In diesem Beitrag werden Polen und die Tschechische Republik verglichen.

Was begründet den Vergleich zwischen diesen beiden mitteleuropäischen 'Spitzenreitern' der Systemtransformation? Die Antwort darauf ist in den Wechselbeziehungen zwischen den Ausgangsbedingungen der Transformation, der Transformationsstrategie, den Begleitbedingungen der Transformation und ihren Ergebnissen zu finden. Die Transformationsstrategien sind in beiden Volkswirtschaften ähnlich. Die vielen Gemeinsamkeiten der Politik überwiegen auf den ersten Blick die wenigen Unterschiede. Bei all diesen Gemeinsamkeiten sind aber die Ergebnisse der Systemtransformation in Polen und der Tschechischen Republik deutlich verschieden. Die Erklärung der unterschiedlichen Ergebnisse der Systemtransformation 'Wachstum versus Stabilität' muß - bei grundsätzlich ähnlichen Transformationsstrategien - vor allem in den Unterschieden in der Ausgangslage und in spezifischen Begleitbedingungen der Transformation gesucht werden. Die Transformationsergebnisse werden demzufolge im folgenden nicht - wie das in der Fachliteratur oft vorkommt - vor allem auf die Transformationsstrategie zurückgeführt - in die Argumentations-

linie mitaufgenommen werden auch die anderen vorher erwähnten Einflußfaktoren sowie das Wechselspiel zwischen ihnen.

Alle in Betracht gezogenen Einflußfaktoren werden in der Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Einflußfaktoren der Systemtransformation

1.	Ausgangsbedingungen der Systemtransformation
	1.1. Geographische Lage 1.2. Wirtschaftsordnung 1.3. makroökonomische Lage 1.4. Struktur der Volkswirtschaft
2.	2.1. Zielmodell der Systemtransformation 2.2. mikroökonomische Liberalisierung (Inland und Außenwirtschaftsbeziehungen) 2.3. makroökonomische Stabilisierung 2.4. Privatisierung und Umbau des institutionellen Rahmens der Volkswirtschaft
3.	Begleitbedingungen der Systemtransformation
	3.1. externe Einflußfaktoren 3.2. endogene Einflußfaktoren

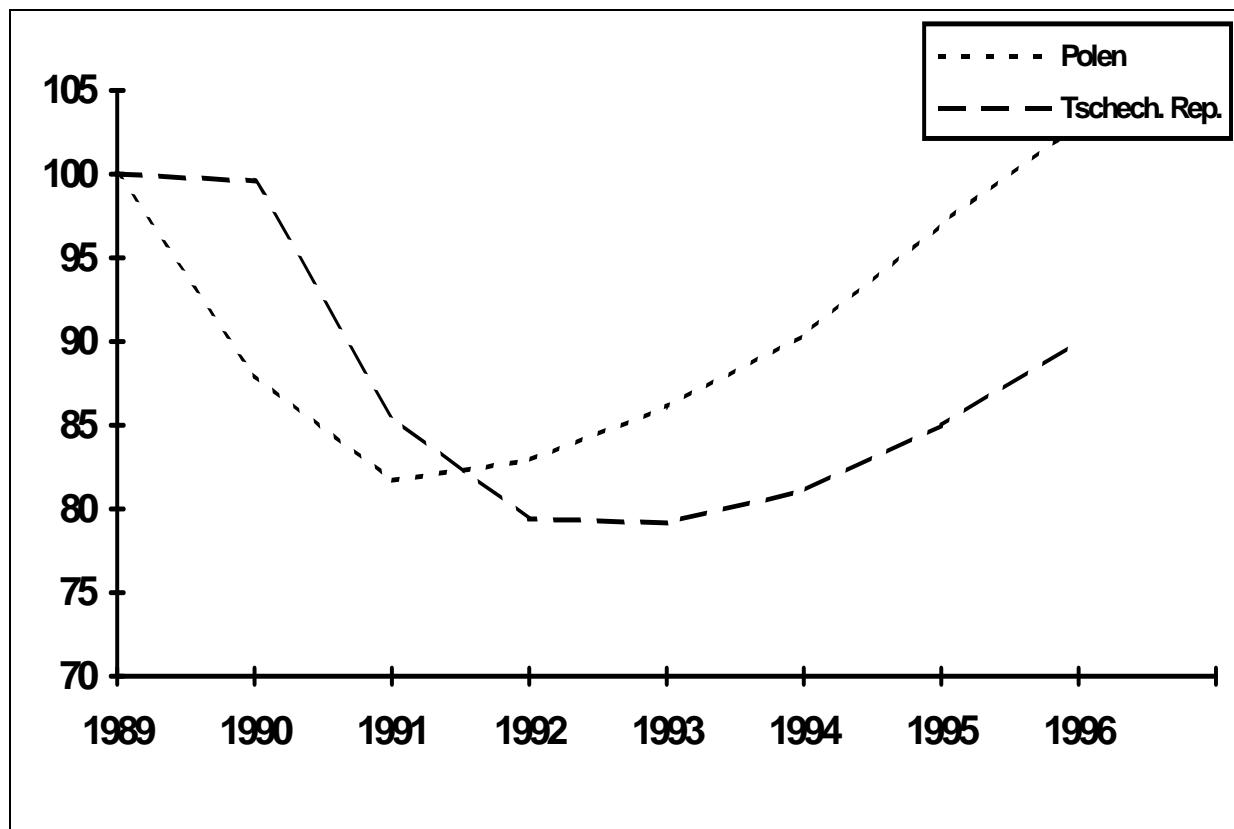
2. Der Wachstumsvorsprung Polens und der Stabilitätsvorsprung Tschechiens

Die Unterschiede zwischen dem Wirtschaftswachstum in Polen und der Tschechischen Republik stellt die Graphik 1 dar.

Die Maßnahmen, die Polen am 1. Januar 1990 einleitete, gelten als Beginn der Systemtransformation im postsozialistischen Raum. Gemeint sind dabei Umgestaltungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse als gezielte Reaktion auf den Zusammenbruch der ost- und südosteuropäischen Gesellschaftsordnungen unter der Hegemonie der Sowjetunion. Nach dem - im Vergleich zu seiner Ausgangsgröße 1989 - kumulierten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um ca. 18 Prozent in den Jahren 1990-1991 begann im Jahr 1992 die volkswirtschaftliche Produktion wieder zu wachsen. In den darauf folgenden Jahren weist die Wachstumskurve immer steiler nach oben. Mit einer Wachstumsrate von 7 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1995 steht Polen an der Spitze der europäischen Transformationsländer. Polen ist auch das erste postsozialistische Land, das Mitte 1996 die reale Größe des Bruttoinlands-

produkts aus dem letzten Jahr vor der Transformation (1989) wieder erreichte. In der Tschechischen Republik setzte die Systemtransformation ein Jahr später als in Polen ein. Der auf die Einleitung der Transformation unmittelbar folgende Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes dauerte ein Jahr länger als im nördlichen Nachbarland. Im Vergleich zum Basisjahr 1990 macht er kumuliert 21 Prozent aus. Das Wirtschaftswachstum zeigt in den Jahren 1994/1995 eine geringere Dynamik als in Polen.

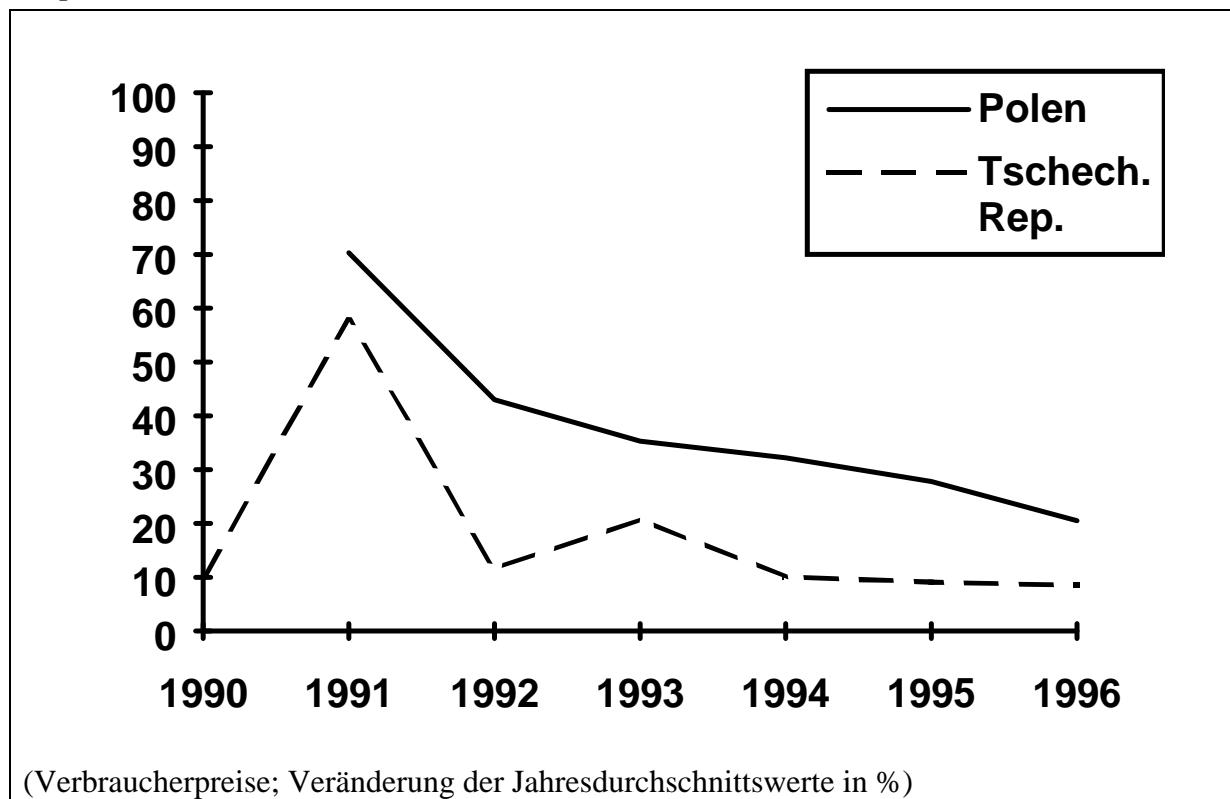
Graphik 1: Unterschiede zwischen dem Wirtschaftswachstum in Polen und der Tschechischen Republik



Die Unterschiede zwischen den Inflationsraten in der Tschechischen Republik und Polen stellt die nachfolgende Graphik 2 dar.

Der Tschechischen Republik ist es gelungen, im Verlauf des Transformationsprozesses die Inflation wirksam einzudämmen. Im ersten Transformationsjahr 1991 erreichte die Inflationsrate gemessen in Verbraucherpreisen noch 56,7 Prozent. Bis zum Jahr 1995 ging diese Rate auf 9,1 Prozent zurück. Die Prognosen für das Jahr 1996 sehen eine Inflationsrate von ca. 8 Prozent vor. Die stabilitätspolitischen Ergebnisse Polens sehen im Vergleich dazu bescheidener aus. Im ersten Transformationsjahr 1990 erreichte die Inflationsrate 585,8 Prozent. Bis zum Jahr 1995 drückte man sie allmählich auf das Niveau von 27,8 Prozent. Die Prognosen für das Jahr 1996 laufen auf ca. 20 Prozent hinaus.

Graphik 2: Unterschiede zwischen den Inflationsraten in der Tschechischen Republik und Polen



Die für die beiden Volkswirtschaften relevanten Einflußfaktoren auf das Wirtschaftswachstum und die makroökonomische Stabilität sind in der Tabelle 2 zusammengefaßt worden.

Tabelle 2: Für das Wirtschaftswachstum und die makroökonomische Stabilität relevante Einflußfaktoren

Einflußfaktoren	Polen		Tschechische Republik	
	Wirtschafts-wachstum	Stabilität	Wirtschafts-wachstum	Stabilität
1.1. Geographische Lage	1	-	2	-
1.2. Wirtschaftsordnung	2	-2	-2	2
1.3. makroökonomische Lage	-2	-2	1	2
1.4. Struktur der volkswirtschaftlichen Produktion	-1	-1	-2	-2
3.2. endogene Begleitbedingungen der Transformation	-1	-1	1	2

2.1 Die geographische Lage

Es stellt sich hier die Frage, welches dieser beiden Länder bessere geographische Bedingungen für die Durchsetzung einer Strategie des 'exportinduzierten Wirtschaftswachstums' hat. Welche Volkswirtschaft wird von der Geographie in dieser Hinsicht begünstigt?

Die Tschechische Republik grenzt an das hoch entwickelte EU-Land Österreich und an die EU-Wirtschaftsmacht Deutschland - hier an das High-Tech-Bundesland Bayern. Die Entferungen zu solchen Wirtschaftszentren wie Wien, Nürnberg und München sind gering. Die Geographie fördert also Exporte und diese wiederum das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts sowie der Beschäftigung. Die geographische Lage Polens ist etwas schlechter. Polen grenzt zwar auch an Deutschland, aber an die neuen Bundesländer (Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern), die über eine deutlich geringere Kaufkraft als die alten Bundesländer verfügen. Auch sind die Entfernungen zu großen westeuropäischen Wirtschaftszentren - mit Ausnahme Berlins - größer. Diese Unterschiede sind in der Tabelle 2 für die Tschechische Republik mit (2) und für Polen mit (1) festgehalten.

2.2 Wirtschaftsordnung

Die Startbedingungen Polens und der Tschechischen Republik ergaben sich weitgehend aus den in den achtziger Jahren existierenden Wirtschaftsordnungen. Polen zeichnete sich damals durch eine 'Mischordnung' aus, d.h. durch ein chaotisches Nebeneinander von planwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Ordnungselementen. Die Hauptursache dafür war die relativ schwache Machtposition der Partei- und Staatsführung gegenüber der Gesellschaft. Die politische Führung konnte in den siebziger und später in den achtziger Jahren immer weniger das für eine sozialistische Wirtschaftsordnung konstitutive Verbot privater Wirtschaftstätigkeit durchsetzen. Infolge dessen konnten sich 'von unten' fast naturgesetzmäßig Privateigentum und Teilmärkte entwickeln. Der in allen sozialistischen Ländern voranschreitende Verfall der sozialistischen Wirtschaftsordnungen ging also mit der allmählichen Entwicklung von marktwirtschaftlichen Ansätzen einher. Ein real existierender ordnungspolitischer Dualismus in Polen gehört zu den wichtigsten Faktoren, die in den neunziger Jahren auf das Wirtschaftswachstum Einfluß genommen haben.

Auch außerhalb der vorwiegend privaten Landwirtschaft gab es 1989 in Polen Privatbetriebe. Der Anteil des Privatsektors an der Herstellung des Bruttoinlandsproduktes erreichte damals ca. 29 Prozent (Raport PPRG 1993:65). Bei der Beschäftigung waren es sogar 29,6 Prozent (Rocznik Statystyczny 1991:14). Ende der achtziger Jahre verfügten die privaten Haushalte, nach den Schätzungen der Polnischen Nationalbank, über ein Devisenvermögen in Höhe von ca. 7 Milliarden US-Dollar. Dieses Vermögen war breit gestreut. Es gab

zwar verhältnismäßig wenig Dollar-Millionäre, aber dafür Hunderttausende von Familien, die über einige Tausend Dollar und/oder DM verfügten. Ihr Devisen-Vermögen haben die privaten Haushalte vorwiegend durch informellen privaten Handel wie auch Schwarzarbeit in den westlichen Industrieländern erworben. Diese Wirtschaftstätigkeit brachte neben Devisen noch einen weiteren Vorteil. Die Händler und Schwarzarbeiter erwarben ein praktisches Wissen über die Funktionsweise der kapitalistischen Marktwirtschaft. In Anlehnung an den russischen Schriftsteller Maxim Gorki kann man sagen, daß dies ihre 'marktwirtschaftlichen Universitäten' waren. Durch 'learning by doing' bildete sich allmählich der Typus eines anpassungsfähigen und risikobereiten Unternehmers heraus. In dieser Unternehmerschaft stellten die 'Händler' gegenüber den 'Produzenten' die Mehrheit.

Die Situation in der Tschechischen Republik kontrastierte Ende der achtziger Jahre im ordnungspolitischen Bereich deutlich zu der Polens. Die verhältnismäßig starke Machtposition der politischen Führung erlaubte ihr, die sozialistische Wirtschaftsordnung wirksam gegen private Wirtschaftstätigkeit abzuschirmen - dies konnte noch bis in das Jahr 1989 durchgesetzt werden. Demzufolge lag im gleichen Jahr der Anteil des Privatsektors an der Herstellung des Bruttoinlandsprodukts unter einem Prozent. Das Land hatte im gesamten RGW-Raum den geringsten Anteil von Privatwirtschaft an der Gesamtwirtschaft (Frensch 1991:4). Die privaten Haushalte verfügten weder über beachtliche Devisenbestände noch über nennenswertes marktwirtschaftliches Humankapital. Der Hauptgrund dafür war eine restriktive Paßpolitik der Regierung, die die informelle Wirtschaftstätigkeit tschechischer Bürger außerhalb der Staatsgrenzen wirksam verhinderte. Deshalb konnte sich auch kein Unternehmertypus herausbilden. Worüber die Tschechische Republik jedoch verfügte, war eine Tradition der industriellen Arbeitnehmerschaft, die noch in die Vorkriegszeit reichte, als die damalige Tschechoslowakei zu den führenden Industrienationen der Welt zählte.

Die Unterschiede zwischen der 'gemischten Ordnung' Polens und der sozialistischen Wirtschaftsordnung in Tschechien werden in bezug auf das Wirtschaftswachstum in der Tabelle 2 durch (2) für Polen und (-2) für die Tschechische Republik gewichtet.

Aus der Sicht der makroökonomischen Stabilität erwies sich die Existenz einer gefestigten sozialistischen Wirtschaftsordnung am Startpunkt der Transformation für die Tschechische Republik nicht als Nachteil, sondern als Vorteil. Eine in sich einigermaßen konsistente Ordnung war in dieser Hinsicht funktionsfähiger als eine Mischnordnung. Denn mit Hilfe des noch vorhandenen planwirtschaftlichen Lenkungsinstrumentariums war es möglich, die makroökonomische Lage unter Kontrolle zu halten und eine Hyperinflation - wie in Polen 1989 - zu verhindern.

In der Mischordnung Polens in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und vor allem im Jahr 1989 stand die politische Führung dem volkswirtschaftlichen Ablauf weitgehend hilflos gegenüber. Ihre Kontrolle über die makroökonomische Lage tendierte immer mehr gegen Null. Ohne jegliche wirksame makroökonomische Kontrolle des volkswirtschaftlichen Ablaufs entfalteten sich die in der Mischordnung angelegten Inflationspotentiale. Die galoppierende Inflation ging in eine Hyperinflation über. In der Tabelle 2 erhält somit die Tschechische Republik (2) und Polen (-2) im Hinblick auf die Wichtigkeit der Wirtschaftsordnung für die Stabilität in der Transformation.

2.3 Die makroökonomische Lage

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre entstand im Staatssektor Polens folgende Situation: auf der einen Seite blieben die Eigentümer- und Arbeitgeberrechte formell weiter dem Staat vorbehalten, auf der anderen Seite konnte dieser jedoch wegen seines Autoritätsverlustes sowie der Inkompetenz seines Wirtschaftsapparates diese Rechte nur in einem immer geringeren Maße wahrnehmen. Das Machtvakuum wurde durch die Arbeitnehmerschaft und ihre Vertretungsorgane (Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltungen) gefüllt. Unter diesen Machtverhältnissen wurde die Höhe der Arbeitseinkommen zu den wichtigsten Organisationszielen der Staatsbetriebe. Eine Preis-Lohn-Spirale wurde ausgelöst (Pysz 1994:140). In der zweiten Jahreshälfte 1989 ging die galoppierende Inflation in eine Hyperinflation über. Zusätzliche proinflatorische Faktoren hatten zu dieser kumulativen Beschleunigung der Inflationsspirale am Vorabend der Transformation beigetragen (Lipowski 1991:33).

Die makroökonomischen Instabilitäten des Jahres 1989 bildeten keine günstigen Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum. Die hohe Unsicherheit des Wirtschaftens und die exorbitant hohen Transaktionskosten stoppten den Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes. In der zweiten Jahreshälfte 1989 fing es an zurückzugehen. Der mittelbare Einfluß der hohen Inflation auf die volkswirtschaftliche Produktion kam in der verringerten Neigung zur Ersparnisbildung und Investitionen sowie im geringen Zufluß ausländischer Direktinvestitionen zum Ausdruck. Die Spekulation drängt die Produktion und vor allem die Investitionen in den Hintergrund. Dadurch wurden die Chancen für das künftige Wirtschaftswachstum verringert. Die mittel- und langfristig wirksamen Wachstumskräfte werden stillgelegt.

Hinsichtlich der makroökonomischen Stabilität stand die Tschechische Republik Ende der achtziger Jahre in deutlichem Gegensatz zu Polen. Die verhältnismäßig starke Machtposition der politischen Führung und das noch vorhandene Lenkungsinstrumentarium der sozialistischen Ordnung ermöglichten es, die makroökonomische Lage viel wirksamer zu kontrollieren. Vor allem gelang es, den Anstieg der nominalen Löhne begrenzt zu halten. In den Jahren 1988 und 1989 stiegen diese nicht mehr als jeweils 2,3%. Damit

ging ein langsamer Anstieg der Verbraucherpreise einher. Im Jahr 1988 waren es nach der offiziellen Statistik nur 0,2 Prozent und ein Jahr später 1,3 Prozent. Von Inflation konnte folglich kaum gesprochen werden. Die Auslandsverschuldung des Landes war im Vergleich zu Polen oder Ungarn verhältnismäßig gering (DIW-Wochenbericht 1992:279-280). Diese Unterschiede wurden in der Tabelle 2 mit (-2) für Polen und (1) für die Tschechische Republik bewertet.

Die makroökonomische Lage der jeweiligen Volkswirtschaft am Startpunkt der Transformation beeinflußte nicht nur die Perspektiven des Wirtschaftswachstums, sondern auch die Aussichten auf die wirksame Bekämpfung von makroökonomischen Instabilitäten. Weil es in Polen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine galoppierende Inflation gab, verfestigten sich dort die Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte. Diese nahmen in ihrer Antizipation der Zukunft eine immer weiter steigende Inflationsrate an und versuchten, ihre Verhaltensstrategien danach auszurichten. Um ihr reales Arbeitseinkommen bzw. Umsätze und Gewinne zumindest auf dem schon vorher erreichten Niveau zu halten, übten die Wirtschaftssubjekte Druck auf Erhöhung der nominalen Löhne und Güterpreise aus. Bei schwacher Machtposition der politischen und wirtschaftspolitischen Führung gelang dies auch in den meisten Fällen. Die verfestigten Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte wurden demzufolge zu einer ‘sich selbst erfüllenden Prognose’. Dieser Prozeß beschleunigte sich während der Hyperinflation der zweiten Jahreshälfte 1989 kumulativ: die Inflationserwartungen stiegen rapide an und zogen Löhne und Preise mit. In der Tschechischen Republik hingegen kann am Ende der achtziger Jahre höchstens von einer schleichenenden Inflation gesprochen werden. Die Inflationserwartungen wurden nicht verfestigt. Während Polen am Startpunkt der Systemtransformation durch eine hohe Inflation belastet war, verfügte die Tschechische Republik über einen Stabilitätsbonus. In der Tabelle 2 wird Polen mit (-2) und die Tschechische Republik mit (2) bewertet.

2.4 Struktur der volkswirtschaftlichen Produktion

Die vom Sozialismus geerbte Struktur der volkswirtschaftlichen Produktion war in beiden Ländern ähnlich. Sie zeichnete sich am Beginn des Transformationsprozesses vor allem durch ‘Überindustrialisierung’ aus. Sowohl in Polen als auch in der Tschechischen Republik dominierten die vorwiegend auf Befriedigung der Nachfrage des sozialistischen Staates und des RGW-Marktes ausgerichteten schwerindustriellen Branchen. In beiden Volkswirtschaften trat der geschlossene Kreis der ‘Produktion für Produktion’ auf. Die Großbetriebe der Schwerindustrie stellten Investitionsgüter und Vorleistungen her, die wiederum vorwiegend von anderen Unternehmen der schwerindustriellen Branchen verbraucht wurden. In diesen überindustrialisierten Volkswirtschaften

existierte die Konsumgüterindustrie mehr schlecht als recht am Rande des Geschehens. Kaum entwickelt waren die Dienstleistungen, wobei der Dienstleistungssektor in der Tschechischen Republik noch hinter dem Polens zurückgeblieben war. Sein Anteil an der volkswirtschaftlichen Produktion machte 1990 jeweils 28,4 Prozent respektive 36 Prozent aus (Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa 1995:12 und 19). Die Einbindung des polnischen Außenhandels in den RGW-Markt war Ende der achtziger Jahre geringer als der Tschechiens. Während zu dieser Zeit der RGW-Anteil am polnischen Außenhandel um die Marke von 50 Prozent schwankte, waren dies in der Tschechischen Republik ca. 60 Prozent (DIW-Wochenbericht 1992:279). Die dargestellte Struktur der volkswirtschaftlichen Produktion birgt für Polen wie für Tschechien ungünstige Voraussetzungen für rasches Wirtschaftswachstum. In der Literatur wird dies als Hauptursache dafür gesehen, daß die Einleitung der Transformation in Europa anstatt mit Wachstumsboom wie im vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Asien zunächst mit einem tiefen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts einhergeht (Quaisser 1995). Die Restrukturierung der volkswirtschaftlichen Produktion in Richtung auf Konsum- und Exportgüter wird als die bedeutendste Aufgabe der Systemtransformation angesehen.

Die beiden Volkswirtschaften standen also am Anfang des Transformationsprozesses vor ähnlichen Anpassungsaufgaben. Die Ausgangslage Polens war allerdings etwas günstiger. In der Tabelle 2 wird deshalb Polen etwas besser mit (-1) als die Tschechische Republik (-2) eingestuft.

Die am Beginn der Transformation existierende Struktur der volkswirtschaftlichen Produktion beeinflußte auch die Chancen zur Bekämpfung von makroökonomischen Instabilitäten. Es geht dabei vor allem um die Anpassungsfähigkeit des Angebots an die volkswirtschaftliche Nachfrage im Inland und Ausland. Je höher diese Anpassungsfähigkeit ist, desto leichter ist es - ceteris paribus - die makroökonomische Stabilität der Volkswirtschaft zu erreichen. Von diesem Gesichtspunkt aus verfügte keine der beiden 'überindustrialisierten' Volkswirtschaften über eine günstige Produktionsstruktur. Die Anpassungsfähigkeit auf der Angebotsseite war aber für die polnische Volkswirtschaft etwas höher als für die tschechische. Dafür spricht vor allem der beachtliche Anteil des Privatsektors an der Herstellung des Bruttoinlandsproduktes, der höher als in Tschechien entwickelte Dienstleistungssektor und die geringere Einbindung der Außenhandelsströme in den RGW-Raum. In der Tabelle 2 wird das mit (-2) für die Tschechische Republik und mit (-1) für Polen zusammengefaßt.

2.5 Die endogenen Begleitbedingungen der Transformation

Während der zentralistische Nationalstaat in Polen die ersten Jahre der Systemtransformation überstand, fiel dagegen die tschechoslowakische

Föderation im Verlauf der Transformation und wegen der Transformation auseinander. Am 1.1.1993 ging die Tschechische Republik aus der föderalen tschechoslowakischen Struktur in einen zentralistischen Nationalstaat über. Die beiden Nationalstaaten, Polen und die Tschechische Republik, unterscheiden sich allerdings voneinander, wobei der gravierendste Unterschied in der Funktionsweise der politischen Sphäre liegt. Mit Auflösung der Föderation ist es in Tschechien gelungen, einen bedeutenden Teil der politischen Konflikte und Instabilitäten (verbunden mit der Slowakei) außerhalb der Staatsgrenzen zu 'exportieren'. Seit 1993 zeichnet sich das Land durch einen hohen Grad der politischen Stabilität (Machtposition der Regierung Vaclav Klaus) und verhältnismäßig wenige soziale Konflikte aus. Durch den Zerfall der Föderation wurde auch die seit Jahrzehnten andauernde Subventionierung der Slowakei - am Ende der achtziger Jahren bis ca. 7 Prozent des Nettomaterialprodukts - eingestellt (Frensch 1993:4).

Im Verlauf des Transformationsprozesses zerfiel zwar Polens Nationalstaat nicht, dafür aber um so mehr die die Transformation tragende Gesellschaftsbewegung 'Solidarnosc'. Sie spaltete sich in eine Vielzahl von verfeindeten politischen Parteien und Gruppierungen auf. Der Machtkampf zwischen ihnen und den von ihren Vertretern besetzten Staatsorganen (Präsident, Parlament und Regierung) verursachte Turbulenzen und politische Instabilität. Diese Kämpfe im Reformlager ermöglichten seit 1993 den linksorientierten Parteien die allmähliche Rückkehr an die Macht. Alles in allem gipfelten die politischen Kämpfe in permanenten Regierungswechseln. Der Lebenszyklus einer polnischen Regierung dauerte in den neunziger Jahren im Durchschnitt bisher 11 bis 12 Monate. Seit der Einleitung der Systemtransformation hatte das Land sieben Ministerpräsidenten. Diese Instabilitäten werden noch durch Umverteilungskonflikte zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen, in die die Staatsmacht hineingezogen wird, ergänzt und verstärkt. Es bildete sich ein Syndrom von politischen und gesellschaftlichen Instabilitäten und Turbulenzen heraus.

All dies wirkte sich auf das Wirtschaftswachstum negativ aus: Unsicherheit und Transaktionskosten des Wirtschaftens wurden gesteigert. Weitere Folgen waren die verringerte Bereitschaft zum Sparen und Investieren wie auch geringer Zufluss ausländischer Direktinvestitionen. Anders sah dies in der Tschechischen Republik aus. Die vorhandene politische und gesellschaftliche Stabilität förderte seit 1993 die volkswirtschaftlichen Wachstumstendenzen. Darauf wird von der offiziellen Seite immer wieder mit Nachdruck hingewiesen (Klaus 1995:118-119). In der Tabelle 2 ergibt sich daraus für Polen (-1) und für die Tschechische Republik (2).

Die endogenen Begleitbedingungen der Transformation und die makroökonomische Stabilität der jeweiligen Volkswirtschaft sind eng miteinander verflochten. Die politischen Instabilitäten und gesellschaftlichen Turbulenzen in Polen hatten schädlichen Einfluß auf die makroökonomische Stabilität. Zum

einen erschwerten bzw. verhinderten sie eine wirksame makroökonomische Stabilisierungspolitik und zum zweiten nährten sie immer wieder die Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte. Somit sprudelte auch die politisch-gesellschaftliche Quelle der Inflation immer weiter. Anders wiederum sieht der Einfluß von endogenen Begleitbedingungen der Systemtransformation in der Tschechischen Republik aus. Die politische und gesellschaftliche Stabilität förderte ihrerseits die makroökonomische Stabilität. Die Regierung konnte eine auf die makroökonomische Stabilisierung angelegte Wirtschaftspolitik durchsetzen und die Wirtschaftssubjekte verharrten nicht in hohen Inflationserwartungen. Im Gegenteil: diese wurden immer weiter zurückgenommen. Politische und ökonomische Stabilität sind konsistent und verstärken sich gegenseitig. In der Tabelle 2 ergibt sich daraus (2) für die Tschechische Republik und (-1) für Polen.

3. Ordnungspolitische Gründe für unterschiedliche Transformationspfade und Transformationsergebnisse

Unter den Ausgangsbedingungen der Systemtransformation in Polen und der Tschechischen Republik erscheint die damals existierende Wirtschaftsordnung als der entscheidende Einflußfaktor. Sie beeinflußte sowohl die makroökonomische Lage beider Volkswirtschaften wie auch die Struktur ihrer Produktion an der Wende der achtziger und neunziger Jahre. Die Ausgangsbedingungen des Transformationsprozesses beeinflußten die Transformationsstrategie und durch ihre Vermittlung bzw. auch unmittelbar die Transformationsergebnisse. Der polnische Wachstumsvorsprung einerseits und der tschechische Stabilitätsvorsprung andererseits lassen sich vorwiegend ordnungspolitisch erklären.

3.1 Wachstumsvorsprung Polens

Der ordnungspolitische Dualismus Polens am Ende der achtziger Jahre barg in sich die potentiellen Antriebskräfte des künftigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftswachstums. Neben dem weitgehend schon entwickelten Privatsektor der Volkswirtschaft zählten dazu die verhältnismäßig hohen Devisenbestände der Bevölkerung, das marktwirtschaftliche Humankapital und der vorhandene Typus eines risikobereiten Unternehmertums. Dieses vorhandene Wachstumspotential erlaubt einen Vergleich zu Westdeutschland vor der Wirtschafts- und Währungsreform 1948. Die Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft (v.a. Ludwig Erhard) sprachen damals von einem ‘gefesselten Kapitalismus’, der durch einen radikalen Währungsschnitt, Freigabe eines Großteils der Güterpreise und Abschaffung vorhandener behördlicher Regulierungen der Märkte (Bewirtschaftung) entfesselt werden müsse. Auch in Polen war Ende der achtziger Jahre eine Entfesselung der schon existierenden Ansätze des marktwirtschaftlichen Wachstums notwendig, um die Volkswirtschaft aus der seit

1979 andauernden Stagflationsphase herauszuholen (Pysz/Quaisser 1988). Im Jahr 1988 erkannte dies auch die letzte kommunistische Regierung Polens. Sie leitete einige die Privatinitiative begünstigenden Maßnahmen ein. Der Durchbruch kam jedoch erst mit der Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung im September 1989.

Ausgehend von dem vorhandenen Potential des marktwirtschaftlichen Wachstums setzte die im Herbst 1989 konzipierte Transformationsstrategie Polens auf das ‘Prinzip Hoffnung’. Diese Erwartung bezog sich vor allem auf die Wirkungskette vom monetären Bereich der Volkswirtschaft über die Verhaltensstrategien der Wirtschaftssubjekte bis zu den Ergebnissen im güterwirtschaftlichen Bereich. Die als Bestandteile der Transformationsstrategie vorgesehenen Maßnahmenpakete zur mikroökonomischen Liberalisierung und makroökonomischen Stabilisierung der Volkswirtschaft sollten die allmähliche Gesundung ihres monetären Bereichs erwirken (Gleichgewicht der Güter- und vorhandenen Faktormärkte, Verringerung der Dynamik der Geldentwertung). Eingeschlossen in diesen Prozeß wurde die Umwandlung der bisher vorherrschenden Verkäufermärkte in Käufermärkte gedacht. Unter dem daraus folgenden Druck der Nachfragebarriere und des Anbieterwettbewerbs sollten die Anbieter zu Kosteneinsparungen und zur Herabsetzung der Preise gezwungen werden. Dieses Anpassungsverhalten auf der Anbieterseite würde eine Ausweitung der Nachfrage nach Gütern mit heruntergesetzten Preisen und durch eine Mengenanpassung der Hersteller (bei nicht voll ausgelasteten Produktionskapazitäten) einen Anstieg des volkswirtschaftlichen Angebots zur Folge haben - so die Überlegung. Das wirtschaftspolitische „Prinzip Hoffnung“ bedeutete somit, daß die Angebotsseite der Volkswirtschaft sich mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung „von selbst einschalten“ sollte, nachdem die Maßnahmen zur mikroökonomischen Liberalisierung und makroökonomischen Stabilisierung gegriffen hatten, die zunächst auf die Gesundung der monetären Sphäre der Volkswirtschaft zielten.

Ohne die günstigen ordnungspolitischen Ausgangsbedingungen der polnischen ‘Mischordnung’ wäre das ‘Prinzip Hoffnung’ nichts anderes als eine wirtschaftspolitische Träumerei. Ein Beispiel dafür liefern die ‘blühenden Landschaften’ Ostdeutschlands nach der Wiedervereinigung 1990. Im Gegensatz zu Polen konnte das seit 1992 in den neuen Bundesländern eingeleitete Wirtschaftswachstum nicht durch Freisetzung der Wachstumspotentiale einer am Startpunkt der Transformation existierenden Mischordnung eingeleitet werden, weil es diese in der ehemaligen DDR gar nicht gab. Der Anstieg der volkswirtschaftlichen Produktion in den neuen Bundesländern wurde vorwiegend durch die in der Weltgeschichte höchsten Geldtransfers zwischen zwei Wirtschaftsräumen in Gang gesetzt. Der sich daraus unmittelbar ergebende Anstieg der Nachfrage nach Konsum- und teilweise auch Investitionsgütern induzierte allerdings nicht ein sich

‘selbsttragendes’, sondern ein von den Transferzahlungen ‘abgeleitetes Wirtschaftswachstum’ vorwiegend in Wirtschaftsbereichen mit nicht international handelbaren Gütern.

Die tschechische Transformationsstrategie sah von Anfang an einen zeitlichen Gleichlauf der wirtschaftspolitischen Maßnahmenpakete zur mikroökonomischen Liberalisierung sowie makroökonomischen Stabilisierung einerseits und der mittel- und langfristig angelegten ordnungspolitischen Umwandlungen andererseits vor. Dieser Gleichlauf der erwähnten transformationspolitischen Maßnahmen wurde während der Implementierung der Strategie im Großen und Ganzen durchgesetzt. In den Vordergrund rückt dabei die Privatisierungspolitik. Vaclav Klaus und seine Mitstreiter leisteten sich in diesem Schlüsselbereich der Ordnungspolitik keine Inkonsistenzen und Verzögerungen. Ihr Ziel war die zügige Entstaatlichung der Volkswirtschaft mit gesellschaftlicher Unterstützung. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe wurde auf alle potentiell möglichen Privatisierungsarten zurückgegriffen, d.h. die Reprivatisierung, die kleine Privatisierung, die große Privatisierung und die Entwicklung des Privatsektors durch Neugründungen. Um die höchst komplizierte und politisch brisante Aufgabe der großen Privatisierung von Staatsbetrieben im hohen Tempo zu bewerkstelligen, sah die Transformationsstrategie die sog. unkonventionelle Privatisierungsmethode vor. Man lehnte sich dabei an die von den zwei polnischen Wirtschaftswissenschaftlern Lewandowski und Szomburg schon 1988 vorgeschlagene Methode der im Prinzip kostenlosen Aufteilung des Staatsvermögens unter die Bürger des jeweiligen Landes an. Unter dem tschechischen Namen ‘Kuponovka’ ging diese erfolgreiche Privatisierungsmethode in die Wirtschaftsgeschichte ein. Im Vergleich zu vielen anderen postsozialistischen Volkswirtschaften erwies sich die tschechische Privatisierungspolitik insgesamt als konsequent und konsistent. Sie führte auch zur höchsten bekannten Privatisierungsgeschwindigkeit in den Transformationsländern: von unter einem Prozent im Jahr 1989 stieg der Anteil des Privatsektors an der Herstellung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 1996 auf 73,9 % (Bundesstelle für Außenhandelsinformation 1996:10).

Die zügige Privatisierung im zeitlichen Gleichlauf mit Maßnahmepaketen zur mikroökonomischen Liberalisierung und makroökonomischen Stabilisierung bedeutet, daß die Notwendigkeit einer ordnungspolitischen Revitalisierung der volkswirtschaftlichen Angebotsseite voll erkannt worden war. Und dies trug wesentlich zum zufriedenstellenden Verlauf des Wirtschaftswachstums bei. Denn im Falle einer - wie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in Polen - verzögerten, eingeschränkten und dazu noch inkonsistenten Privatisierungspolitik würde der Schock der Nachfragebarriere mit buchstäblich voller Wucht die darauf unvorbereitete Angebotsseite treffen. Dann wäre eine länger dauernde und tiefer greifende Anpassungskrise als die im Zeitraum 1991-93 durchaus erwartbar gewesen. Die ordnungspolitische Revitalisierung der

Angebotsseite verhinderte also in der Tschechischen Republik einen potentiell möglichen wirtschaftlichen Zusammenbruch, der die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 möglicherweise in den Schatten gestellt hätte.

Der Unterschied zwischen den Transformationsstrategien in Polen und in der Tschechischen Republik lässt sich als Gegenüberstellung einer asymmetrischen und symmetrischen Strategie zum Ausdruck bringen. Die Asymmetrie der polnischen Transformationsstrategie findet ihre Hauptursache in dem vorher angesprochenen wirtschaftspolitischen „Prinzip Hoffnung“. Dieses Prinzip geht davon aus, daß durch die mit Hilfe der Nachfragereduzierung erreichte Gesundung der monetären Sphäre der Volkswirtschaft (Beseitigung der Nachfrageüberhänge, Gleichgewicht auf den Märkten, Verringerung der Preissteigerungsrate usw.) mehr oder weniger automatisch Voraussetzungen für ein sich „selbst einschaltendes“ Wirtschaftswachstum geschaffen werden. Im Vergleich zu dieser Priorität rückte die Stärkung der volkswirtschaftlichen Angebotsseite durch mittel- und langfristig angelegten ordnungspolitischen Umbau (vor allem Reprivatisierung und die große Privatisierung der Staatsbetriebe) in den Hintergrund. Zwar wird in den offiziellen wirtschaftspolitischen Dokumenten noch der Gleichlauf aller transformationspolitischen Maßnahmenpakete verkündet (Bak et al. 1991:16), aber bei Umsetzung der Transformationsstrategie konnte er nicht durchgehalten werden. Das Hinterherhinken der Ordnungspolitik hinter der makroökonomischen Stabilisierungspolitik macht also das Wesen dieser asymmetrischen Transformationsstrategie aus. Demgegenüber steht die symmetrische Transformationsstrategie in der Tschechischen Republik. Diese setzt zwar auch auf die Gesundung der monetären Sphäre der Volkswirtschaft mittels der Nachfragereduzierung, aber dies verband man von Anfang an mit der Einleitung von ordnungspolitischen Maßnahmen zur Stärkung der volkswirtschaftlichen Angebotsseite. Der parallele Verlauf des stabilitätspolitischen Maßnahmepakets zur Gesundung der monetären Sphäre der Volkswirtschaft und des ordnungspolitischen Maßnahmepakets zur Revitalisierung der Angebotsseite macht das Wesen der symmetrischen Transformationsstrategie aus.

Polen erreichte also in den neunziger Jahren einen Wachstumsvorsprung gegenüber dem südlichen Nachbarland nicht so sehr dank, sondern eher trotz seiner asymmetrischen Transformationsstrategie. Dieser Vorsprung wäre aller Wahrscheinlichkeit nach noch größer, wenn es der Wirtschaftspolitik gelungen wäre, eine symmetrische Transformationsstrategie nicht nur zu konzipieren, sondern auch durchzusetzen. All dies weist noch einmal auf die Bedeutung der am Beginn des Transformationsprozesses existierenden Wirtschaftsordnung hin. Obwohl sich in Polen alle anderen Einflußfaktoren auf das Wirtschaftswachstum (vgl. Tabelle 2), d.h. die geographische Lage, die makroökonomische Lage, die endogenen Begleitbedingungen der Transformation nicht so günstig wie in der Tschechischen Republik darstellen,

vermittelten ordnungspolitische Ausgangsbedingungen die entscheidenden Antriebskräfte der hohen Wachstumsdynamik der Volkswirtschaft.

3.2 Tschechischer Stabilitätsvorsprung

Der ordnungspolitische Dualismus Polens am Ende der achtziger Jahre barg nicht nur die vorher erwähnten potentiellen Antriebskräfte des marktwirtschaftlichen Wachstums in sich. Dieser Dualismus zeichnet 'mitverantwortlich' auch für die erheblichen makroökonomischen Ungleichgewichte. Im Verlauf der achtziger Jahre zeigten sich diese in einer sich allmählich beschleunigenden galoppierenden Inflation. Diese Inflationsdekade fand ihren fulminanten Höhepunkt in der Hyperinflation der zweiten Jahreshälfte 1989. All dies wirkte sich auf die stabilitätspolitischen Ergebnisse der Transformation sowohl unmittelbar als auch mittelbar durch die Vermittlung der Transformationsstrategie aus.

Die langandauernde Inflation und ihre hohe Intensität schränkte in Polen - von der Natur der Sache - die Wirksamkeit der makroökonomischen Stabilitätspolitik ein. Nur allmählich konnte die Inflationsrate von 585 % im Jahr 1990 auf ca. 20 % im Jahr 1996 zurückgeführt werden. Die galoppierende Inflation der achtziger Jahre mit ihrem hyperinflatorischen Höhepunkt erzwang 1989 und 1990 die Priorität der Stabilitätspolitik vor mittel- und langfristigen ordnungspolitischen Umwandlungen. Der 'geistige Vater' einer stabilitätsorientierten Transformationsstrategie in Polen, Leszek Balcerowicz, sah in der Hyperinflation einen Flächenbrand, der mit allen vorhandenen wirtschaftspolitischen Instrumenten gelöscht werden müsse (Balcerowicz 1992:40). Um bei der Freigabe fast aller Güterpreise am 1. Januar 1990 einen weiteren Schub der Hyperinflation zu verhindern, wurden Maßnahmen restriktiver Stabilitätspolitik durchgesetzt; nur durch eine schockartige Kontraktion seitens der reduzierten volkswirtschaftlichen Nachfrage konnte der Preisanstieg wirksam eingedämmt werden. Als Beispiel für diese Restriktionen eignet sich u.a. die Einkommenspolitik. Um die weiteren kumulativen Drehungen der Preis-Lohn-Spirale möglichst zu unterbinden, verordnete man für das Jahr 1990 zuerst einen de facto-Lohnstop. Den Betrieben wurde durch gesetzliche Regelungen eine Kompensation des Anstiegs der Konsumgüterpreise durch Erhöhung der Arbeitnehmerlöhne nur bis 20 % erlaubt. In der zweiten Jahreshälfte 1990 und den darauffolgenden Jahren wurde diese Restriktion zwar etwas aufgelockert, aber mit 60 % der zugelassenen Kompensation des Konsumgüterpreiseanstiegs verlor sie ihre Wirkung in Richtung auf Verringerung der realen Kaufkraft der Löhne noch nicht.

Grundsätzlich anders sah die Situation in der Tschechischen Republik aus. In der sozialistischen Wirtschaftsordnung dieses Landes steckten im Jahr 1989 einerseits kaum potentielle Antriebskräfte des marktwirtschaftlichen Wachstums, aber andererseits barg diese Ordnung auch keine intensiven

Tendenzen zu makroökonomischen Ungleichgewichten. Die makroökonomische Lage ist im Großen und Ganzen bis Ende der achtziger Jahre der Kontrolle durch die Regierung nicht entglitten. Der stabilitätspolitische Bonus Tschechiens wirkte sich - ähnlich wie die lange und intensive Inflation in Polen - unmittelbar und mittelbar auf die stabilitätspolitischen Ergebnisse der Transformation aus. Das Aufblackern der Inflation erst im Übergangsjahr 1990 und ihre im Vergleich zu anderen Transformationsländern geringe Intensität (ca. 10 % Inflationsrate) bedeutete eine günstige Ausgangslage für wirksame makroökonomische Stabilisierungspolitik. Denn eine kurz andauernde und nicht besonders intensive Inflation kann man normalerweise wirksamer als eine hartnäckige und höchst intensive Inflation eindämmen. Mit der Freigabe fast aller Güterpreise am 1. Januar 1991 stieg die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt auf 57,8 %. Bis zum Jahr 1996 wurde sie allmählich auf 8,5 % zurückgeführt. Die gemäßigte Inflation der Jahre 1990/91 nahm keinen überwältigenden Einfluß auf die Transformationsentwicklung. Die Inflationsbekämpfung konnte in der Transformation erfolgreich durchgehalten werden. Bei eher moderaten Inflationsraten war es in der Tschechischen Republik auch nicht notwendig, nach der Freigabe der Preise im Januar 1991 höchst restriktive Maßnahmen der Stabilisierungspolitik zu ergreifen. Um die Preissteigerungsrate zu verlangsamen, war die Nachfragebarriere zwar unentbehrlich, aber die Kontraktion seitens der reduzierten volkswirtschaftlichen Nachfrage mußte nicht schockartig sein. Die gemäßigte Gangart der Stabilisierungspolitik äußert sich anhand des Beispiels der tschechischen Einkommenspolitik. Während in Polen am Start der Transformation ein de facto-Lohnstop verhängt worden ist, konnte sich die tschechische Politik am österreichischen Vorbild orientieren. Die Vertreter der Arbeitnehmer, der Betriebsleitungen und der Regierung vereinbarten in trilateralen Kommissionen den zugelassenen Lohnanstieg. Er sollte im Prinzip unter dem Niveau der für das jeweilige Jahr prognostizierten Inflationsrate liegen.

Die Tschechische Republik sicherte sich also gegenüber Polen in den ersten Transformationsjahren einen Stabilitätsvorsprung. Wenn die Tschechische Republik der makroökonomischen Stabilisierungspolitik einen höheren Rang auf der Prioritätenskala zuerkannt und schärfere Restriktionen dieser Politik eingeleitet hätte, hätte der stabilitätspolitische Vorsprung noch deutlicher ausfallen können. Der stabilitätspolitische Vorsprung fiel der Tschechischen Republik in gewissem Sinne 'von selbst' zu, weil alle relevanten Einflußfaktoren - mit Ausnahme der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur - in diese Richtung wirkten (vgl. Tabelle 2).

4. Zusammenfassung und Perspektiven

Wirtschaftsordnungen stehen verständlicherweise in Wechselwirkung mit der Politik. Für die Transformationsländer beschränkt sich diese nicht nur darauf, daß der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft an der Wende der achtziger und neunziger Jahre der Systemtransformation in Richtung auf eine kapitalistische Marktwirtschaft erst das Tor aufgestoßen hat. Überdies beeinflußt die Politik maßgeblich sowohl den Verlauf als auch die Ergebnisse der Transformation. Allerdings beeinflussen diese Faktoren auch die Politik im Sinne einer Rückwirkung.

Die unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen Polens und der Tschechischen Republik am Startpunkt der Transformation waren in hohem Maße durch die Politik bestimmt. Die relative Schwäche der politischen Führung Polens ging mit der spezifischen politischen Kultur der Nation einher. Sie wird von Historikern vorwiegend als ‘Widerstandskultur’ bezeichnet. Im Spannungsverhältnis zwischen der allmählich schwindenden Machtposition der kommunistischen Führung und dem Widerstandsgespräch der Bevölkerung wiederholten sich periodisch die sozialistischen Reformzyklen (Hensel 1975). Aus den Bemühungen der Regierenden, immer wieder einzelne isolierte Marktinstrumente in den Dienst des volkswirtschaftlichen Planes zu stellen (Wirtschaftsreformen), und den Versuchen der Wirtschaftssubjekte, diese Aufweichungen der sozialistischen Planwirtschaft für eigene Zwecke zu nutzen, entfaltete sich allmählich die ‘gemischte Wirtschaftsordnung’. Die verhältnismäßig starke Machtposition der kommunistischen Führung in der Tschechischen Republik ging hingegen mit der auf Kompromiß und Konsens ausgerichteten politischen Kultur der Nation einher. Eine Symbolfigur dafür ist der weltbekannte brave Soldat Schwejk des tschechischen Schriftstellers Jaroslav Hasek. Die politische Führung sah sich demzufolge nicht gezwungen, das Volk periodisch mit Versprechungen von Wirtschaftsreformen zu beruhigen. Der einzige Reformversuch in der Nachkriegsgeschichte des Landes, der Prager Frühling 1968, wurde nach nur wenigen Monaten durch eine militärische Intervention der Sowjetunion und ihrer ‘Satelliten’ im Keim ersticken. Die unmittelbar darauf folgende ‘Normalisierungsphase’ bedeutete eine Rückkehr zur rigorosen sozialistischen Planwirtschaft.

Bei endogenen Begleitbedingungen der Transformation stehen die politische Instabilität sowie der permanente Regierungswechsel in Polen der politischen Stabilität und einer konsequenten langfristigen Politik in der Tschechischen Republik gegenüber. Die Auswirkungen solcher politischen Verhältnisse auf den Verlauf und Ergebnisse der Systemtransformation liegen auf der Hand. In der Tschechischen Republik konnten dadurch sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die makroökonomische Stabilität nur begünstigt werden. Umgekehrt müßte es eigentlich in Polen gewesen sein, aber diese potentielle Gefahr realisierte sich nur teilweise. Der Hauptgrund dafür ist der Grundkonsens der

politischen Eliten und der Bevölkerung hinsichtlich der kapitalistischen Marktwirtschaft als Zielmodell der ordnungspolitischen Umwandlungen und des damit eng zusammenhängenden EU-Beitritts des Landes (Schlögel 1996). Die bekannte Parole ‘zurück nach Europa’ vereinigt die beiden Ziele und wird von keiner bedeutenden politischen Gruppierung ernsthaft in Frage gestellt. Der durchaus intensive politische Kampf um die Macht hat somit vielmehr parteipolitischen und noch mehr personellen als programmatischen Charakter. Die Wirtschaft lässt sich dadurch verhältnismäßig wenig beeinflussen.

Der Zusammenhang zwischen Politik und Transformationsstrategie ist deshalb so selbstverständlich, weil die Politik ex definitione für die Strategie und ihre Umsetzung verantwortlich ist. Die radikalen Transformationsstrategien Polens und der Tschechischen Republik sind in ihren Grundzügen ähnlich. Beide wurden in der ersten noch euphorischen Phase der Transformation konzipiert und dabei mit keinem nennenswerten gesellschafts-politischen Widerstand konfrontiert. Dazu trugen sowohl die optimistischen Erwartungen hoher Wohlstandszuwächse infolge des Übergangs zur Marktwirtschaft als auch die weit verbreitete Unkenntnis seiner sozialen Folgen bei. Die Euphoriephase ging in beiden Volkswirtschaften jedoch schnell vorbei. Darauf folgte das alltägliche Spiel der Kräfte in der Politik und Wirtschaft. Während in Polen der wachsende Widerstand der Bevölkerung und einiger politischer Gruppierungen vorwiegend die Ordnungspolitik (Privatisierung der großen Staatsbetriebe) verwässerte und verzögerte, blieb die Umsetzung der tschechischen Transformationsstrategie mehr oder weniger unbehindert. Das Ergebnis der politischen Einflussnahme auf die Umsetzung der Transformationsstrategie ist ihre Asymmetrie in Polen und die Symmetrie in der Tschechischen Republik.

Durch ihren Einfluss auf die Ausgangsbedingungen, Begleitbedingungen der Transformation sowie die Transformationswege wirkte die Politik mittelbar auf die Ausgestaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung in Polen und der Tschechischen Republik.

In der Entwicklung des Ordnungsrahmens in Polen verbinden sich offensichtlich Elemente einer ‘spontanen Ordnung’ mit einer vom Staat ‘gesetzten Ordnung’. Die noch unter der kommunistischen Herrschaft allmählich vollzogene Umwandlung der sozialistischen Planwirtschaft der fünfziger Jahre in eine Mischordnung der achtziger Jahre war nur infolge von spontanen ordnungspolitischen Umwandlungsprozessen möglich. Denn der ordnungspolitische Dualismus widersprach der institutionellen und funktionellen Logik der sozialistischen Wirtschaftsordnung und konnte nur unter dem Druck von unten seitens der Wirtschaftssubjekte durchgesetzt werden. Einige ihrer informellen institutionellen Arrangements wurden später in die offizielle Gesetzgebung übernommen oder einfach von der Staatsmacht stillschweigend geduldet. So schuf man allmählich mehr Rechtssicherheit für Privateigentum und weitete die Freiräume für Privatinitiative aus (z.B.

Devisenbesitz und Devisenhandel zwischen Privatpersonen). Nach Einleitung der Transformation wurde die Fortsetzung dieser spontanen ordnungspolitischen Entwicklungen von zwei bedeutenden Faktoren begünstigt. Einerseits ist dies die schon eingespielte Tradition der spontanen Ordnungsentwicklung und andererseits die asymmetrische Umsetzung der Transformationsstrategie. In das durch die zögerliche und inkonsequente staatliche Ordnungspolitik entstandene ordnungspolitische Vakuum stieß die spontane ordnungspolitische Entwicklung. Zu ihren größten Leistungen zählt die Beschleunigung der Privatisierung der polnischen Volkswirtschaft vorwiegend durch Neugründungen (weniger durch konsequente Re-Privatisierung, s.o.). Ende 1996 waren fast 80 % der registrierten Wirtschaftseinheiten Privateigentum. Sie stellten über 60 % des Bruttoinlandsprodukts her (Kaczmarek 1996).

In der Tschechischen Republik ist vorwiegend die Setzung der Wirtschaftsordnung durch den Staat festzustellen. Bis 1989 blieb die Wirtschaftsordnung im Großen und Ganzen eine von der kommunistischen Führung gesetzte Ordnung. Die institutionelle und funktionelle Logik der sozialistischen Wirtschaftsordnung konnte demzufolge durch keine ihr wesensfremde Ordnungsformen beeinträchtigt und destabilisiert werden. Nach Einleitung der Systemtransformation am 1. Januar 1991 wurden die neuen Ordnungselemente weiter vorwiegend vom Staat gesetzt, was in der symmetrischen Umsetzung der tschechischen Transformationsstrategie zum Ausdruck kommt. Demzufolge entstand auch kein ordnungspolitisches Vakuum, das von den spontanen Ordnungsentwicklungen gefüllt werden konnte. Die Notwendigkeit der staatlichen Setzung des ordnungspolitischen Rahmens der Marktwirtschaft wird vom tschechischen Regierungschef mit Nachdruck betont. In Anlehnung an den deutschen Ordnungstheoretiker Walter Eucken und die von ihm geprägte Freiburger Schule stellt Vaclav Klaus folgendes fest: „Denn sie hatten Recht - die Marktwirtschaft ist tatsächlich ein sehr zerbrechliches System, das geschützt und gehegt werden muß. Auch darin hatten sie Recht, daß diese Aufgabe vom Staat erfüllt werden muß und nicht delegiert werden kann“ (Klaus 1995:113).

In beiden Ländern bewirkten die am Anfang der Transformation eingeleiteten Maßnahmen zur mikroökonomischen Liberalisierung und makroökonomischen Stabilisierung eine zügige Monetarisierung der Volkswirtschaften. Die Preise und ihre Relationen übernahmen von staatlichen Behörden die Aufgabe des primären Allokations- und Koordinationsmechanismus. An diesem Punkt einer monetarisierten Volkswirtschaft enden jedoch die polnisch-tschechischen Gemeinsamkeiten. Die Unzulänglichkeiten der staatlichen Ordnungspolitik in Polen konnten von der spontanen Ordnungsentwicklung (Privatisierung durch Neugründung) nur teilweise wettgemacht werden. Wesentliche ordnungspolitische Defizite auf dem Weg zur Marktwirtschaft sind immer noch festzustellen. Die Volkswirtschaft wird bis in die Gegenwart durch

umfangreichen öffentlichen Sektor in sog. strategischen Wirtschaftszweigen (vor allem Steinkohle, Bergbau, Hüttenwesen, Energiewirtschaft, Erdölverarbeitung, Telekommunikation usw.) belastet. Die Großbetriebe in diesen Wirtschaftszweigen nutzen ihren traditionell schon bedeutenden politischen Einfluß, um durch Absicherung ihrer Monopolstellung auf den Märkten und staatliche finanzielle Vergünstigungen ihren Managern und Mitarbeitern möglichst hohe Löhne zu sichern. In der Tschechischen Republik ist das gleiche Problem zwar auch existent, aber keineswegs so schwerwiegend wie in Polen. Durch das auch in den sog. strategischen Wirtschaftszweigen weit verbreitete Privateigentum ist die tschechische Marktwirtschaft in deutlich höherem Maße als die polnische institutionell fundiert. Wenn zusätzlich das Fehlen einer neuen polnischen demokratischen Verfassung und einer verfassungsmäßigen Garantie des Privateigentums in Betracht gezogen wird, dann kann etwas vereinfachend und überspitzt die polnische Volkswirtschaft als monetarisiert und die tschechische als monetarisiert und zugleich institutionalisiert bezeichnet werden.

Diese Überlegungen führen zu einer Gegenüberstellung. In der Tschechischen Republik wurde die Lehre Walter Euckens von der Hauptaufgabe des Staates, die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Volkswirtschaft zu setzen, im Großen und Ganzen befolgt. In Polen kam es dagegen zu einer Entwicklung, die neben der vom Staat gesetzten Ordnung viel Platz für spontane Entwicklungen der Ordnungsformen im Sinne von Friedrich von Hayek ließ (Hayek 1983). Auch Schumpeterianer mögen sich durch die polnische Entwicklung bestätigt sehen, weil die marktwirtschaftlichen Wachstumspotentiale der polnischen Mischordnung in den neunziger Jahren eine große Zahl von erfolgreichen Pionierunternehmen hervorgebracht haben. So gesehen, stehen sich die 'institutionalistische' kontinental-europäische Ordnungstradition im Falle der Tschechischen Republik und Ansätze einer vorwiegend 'individualistischen' angelsächsischen Ordnungstradition im Falle Polens gegenüber.

Polen bemüht sich jedoch bekannterweise nicht um den Beitritt zu den Vereinigten Staaten Amerikas, sondern zur Europäischen Union. Und von diesem Gesichtspunkt her betrachtet ist die Tschechische Republik durch die bisherige Entwicklung der Systemtransformation für den EU-Beitritt besser vorbereitet. Daran schließt sich noch ein weiteres gewichtiges Argument an. Durch staatlich gesetzte Ordnung (vor allem Privatisierung) gelang es in Tschechien in höherem Maße als in Polen, eine Wettbewerbsordnung zu etablieren. Und dies geht noch - nicht zufällig - mit dem tschechischen Stabilitätsvorsprung gegenüber Polen einher. Dieser Vorsprung wird weiter ausländische Direktinvestitionen anziehen und die inländischen Investitionen ankurbeln, was auch in ansteigenden Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts Niederschlag finden müßte. Die Chancen auf eine mittel- und langfristige Verbindung von hohen Wachstumsraten mit hoher

makroökonomischer Stabilität der Volkswirtschaft stehen also für die Tschechische Republik mehr als gut. Polen hingegen kann diese Ziele der Wirtschaftspolitik mittel- und langfristig nur dann konsequent verwirklichen, wenn es in den nächsten Jahren gelingen sollte, die ordnungspolitischen Versäumnisse abzuarbeiten. Dafür sind jedoch die gegenwärtigen politischen Voraussetzungen nicht günstig. Neben der Durchsetzungsschwäche der Regierungen und der Zerstrittenheit der politischen Parteien müssen hier noch die traditionell mächtigen Gewerkschaften und die zentrale Stellung der Bauernpartei im politischen Leben des Landes erwähnt werden (Lewandowski 1996:18). Nur ein politisches ‘Wunder’ könnte die geballte Wirkung all dieser Faktoren durchkreuzen und die ordnungspolitischen Nachteile Polens gegenüber dem südlichen Nachbarland wettmachen. Aber wie einmal der bekannte Schriftsteller Andrzej Szczypiorski sagte, für Wunder ist Polen immer noch gut genug.

Literatur

- Bak, H./Pysz, P. /Scharff, R. (Hrsg.) (1991): Das Balcerowicz-Programm: Konzept, Realisierungsschritte, Zwischenergebnisse, Erlangen.
- Balcerowicz, L. (1992): 800 dni - Szok kontrolowany, Warszawa.
- DWI-Wochenberichte (1992): Die CSFR auf dem Weg zur Marktwirtschaft, Nr. 22, Berlin.
- Eucken, W. (1990): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen.
- Frensch, R. (1991): Erste Transformationsschritte: Die wirtschaftliche Entwicklung der CSFR 1990/91 vor dem Hintergrund der Preisfreigabe und Privatisierung, in: Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut, Nr. 145, München.
- Frensch, R. (1993): Wirtschaftliche Folgen der Teilung der Tschechoslowakei, in: Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut, Nr. 162, München.
- Hayek, F. v. (1983): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.
- Hensel, P. (1975): Der Zwang zum wirtschaftspolitischen Experiment in zentralgelenkten Wirtschaften, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 184.
- Kaczmarek W. (1996): Privatisierung: Motor des Systemwandels, in: FAZ vom 19.11.1996.
- Klaus, V. (1995): Tschechische Transformation und europäische Integration - Gemeinsamkeiten und Strategien, Passau.
- Lewandowski, J. (1996): Aussage für die polnische Wirtschaftszeitung „Zycie Gospodarcze“, in: Zycie Gospodarcze, Nr. 51/52.
- Lipowski, A. (1991): Kampf gegen die Hyperinflation in Polen 1990, in: Bak, H./Pysz, P./Scharff, R. (Hrsg.): Das Balcerowicz-Programm: Konzept, Realisierungsschritte, Zwischenergebnisse, Erlangen.
- Pysz, P./Quaisser, W. (1988): Polens Wirtschaft zwischen Krise und Reform, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 11-12/88.

Pysz, P. (1994): Die Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft in Polen, in: Herrmann-Pillath, C./Schlecht, O./Wünsche, H.F. (Hrsg.): Marktwirtschaft als Aufgabe - Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang vom Plan zum Markt, Stuttgart/ Jena/ New York.

Raport PPRG (1993): O Polityce Gospodarczej Polski, Warszawa.

Rocznik Statystyczny (1991), Warszawa.

Schlögel, J. (1996): Beitritt 2000, in: Beilage - Polen, FAZ vom 19.11.1996.

Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hrsg) (1996): Tschechische Republik - Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1996, Köln.

Wirtschaftslage und Reformprozesse, in: Mittel- und Osteuropa (1995), Sammelband, Berlin.